

Ausgabe
Dezember
2004

U S T A M a g a z i n



Gesellschaftskarte
Du bist Ministerpräsident geworden.
Ziehe von jedem
Studenten € 1000 ein.
Kein Spiel mit Bildung!

Studiengebühren? - Nicht mit uns!

Viele Texte zur aktuellen Debatte auf 16 Seiten

\$kolumne

Auf nichts, ja wirklich auf nichts, kann man sich heutzutage noch verlassen. Selbst so konstante Dinge wie der TOD und der Weltuntergang sind heute nicht mehr das was sie einmal waren.

Da habe ich doch gestern im Angesichte der Tragödien hier in Baden-Württemberg und in der Bundespolitik, hier im UStA und in meinem Leben, beschlossen den Weltuntergang auf 14:15 Uhr zu bestellen, damit es mit dem Mensaessen noch klappt.

Was ist aber passiert? Nix. Naja, ich bin mir nicht sicher, ob der Weltuntergang einfach nur anders ist wie früher. Damals, als alles noch besser war, da sind brennende Schafe und 19-Zoll-Monitore vom Himmel gestürzt, Pech und Schwefel eruptierten aus der Unterwelt und alles sah recht fies nach Wave-Gothic-Treffen aus.

Heutzutage sieht sowas schon deutlich trister aus. Schwefel und brennende Schafe gibt es nicht, dafür arbeitet seit gestern unser Server nicht mehr so komplett, und irgendeine vermaledeite Unseele hat mir die Schere aus der Schublade geklaut. Der Toner fürs Fax hat beim Tonerwechsel das Fax eingesaut, ich bin gestern Abend noch patschnass geregnet worden und zu allem Überfluß in Hundescheisse getreten. Und statt Vogelmaskengesichtiger und Hagerer Reiter begegnen in der modernen Apocalypse einem schlamm verkrustete Bauigel und rotbepolunderte Jusos. Toll.

Also lieber Gott, entweder du machst jetzt eine vernünftige Apocalypse, so mit Schwefel und Schnickschnack, oder wir blasen das ganze Ding gleich komplett ab. Aber dann nimm doch bitte den Teufel und seine AdjutantIn und noch ein bis zwei StuttgarterInnen mehr wieder in die Hölle mit. Danke.

(wi)

Inhalt

Skolumne.....	Seite 2
Bericht von der Demo	Seite 3
Wunderbare Welt der Gebühren..	Seite 4
Neues von der Tarifini.....	Seite 8
Die Legende der Leere Kassen.....	Seite 10
Unterschriftenaktion.....	Seite 12
Wie geht es weiter?.....	Seite 13
Rede von Klemens Himpele.....	Seite 14
Termine.....	Seite 16

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Unter widrigsten Arbeitsbedingungen ist dieses neue UStA-Magazin zustande gekommen. Das Bild zeigt die Decke über unseren Büro-Räumlichkeiten, von der stetig eine braune, gelb auskristallisierende Flüssigkeit tropfte.



Was gibt es sonst Neues? Spannendes? Lest selbst! Die bundesweite Kampagne gegen Studiengebühren und für die Verfasste Studierendenschaft läuft weiter bis zum Urteil des BVerfG. Daher ist in dieser Ausgabe nochmal einiges zu Studiengebühren zu finden. In diesem Sinne

Euer UStA



Demonstration gegen Studiengebühren und für Mitbestimmung

Anlässlich der Anhörung des Bundesverfassungsgerichts zum Thema 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) fand am 9. November in Karlsruhe eine Demonstration statt. Sechs unionsgeführte Bundesländer klagen gegen die Änderung des HRG. Dabei handelt es sich um eine Normenkontrollklage, d.h. dass die Klagenden vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen wollen, ob die Änderungen der 6. Novelle in den Zuständigkeitsbereich der Länder - oder eben in den des Bundes fallen.

Die mündliche Anhörung im Bundesverfassungsgericht nahmen 5000 Studierende aus der ganzen Republik zum Anlass, um gegen Studiengebühren und für die Verfasste Studierendenschaft zu demonstrieren.

Zur Abschlusskundgebung sprachen Daniel Bruns vom UStA der Universität Karlsruhe, Mike Nagler von der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS) und Katheria Volk vom Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (PM).

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) wurde als Sachverständiger geladen. Er vertrat gegenüber dem Gericht die Position, dass die verhandelten Regelungen in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen. Dazu äußerte sich Nele Hirsch wie folgt: "In der

Diskussion ist erneut deutlich geworden, dass der Bund die Kompetenz haben muss, ein gebührenfreies Erststudium über eine entsprechende Regelung im Hochschulrahmengesetz abzusichern. Ohne diese Regelung können einheitliche Lebensbedingungen im gesamten Bundesgebiet nicht gesichert werden. Wenn Landesregierungen oder gar einzelne Hochschulen die Möglichkeiten haben, individuell über Studiengebührenmodelle zu entscheiden, sind die Studierenden in der Wahrnehmung der ihnen grundgesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt. Anstelle einer bewussten Entscheidung für eine bestimmte Lehrrichtung an eine Hochschule, würde dann nach finanziellen Aspekten entschieden. Vor allem würde die Einführung von Studiengebühren eine zusätzliche Selektionshürde zum Hochschulzugang darstellen."



Die wunderbare Welt der Gebühren

Studiengebühren und soziale Gerechtigkeit

Die BefürworterInnen von Studiengebühren behaupten zum einen, dass in Staaten mit einem Studiengebührensystem (USA, Großbritannien, Australien) mehr Kinder aus sozial schwächeren Schichten als in Deutschland studieren. Ein anderer Argumentationsstrang zielt darauf ab, dass ohne Studiengebühren nur die sozial starken von der Studiengebührenfreiheit profitieren, somit also über die allgemeinen Steuern der Arbeiter oder die Krankenschwester das Studium des Akademikersohnes mitfinanzieren. Schließlich wird gern angeführt, dass zukünftige AkademikerInnen später auch mehr verdienen, sich folglich auch an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligen sollten. Die Erhebung von Studiengebühren direkt während des Studiums wird heute kaum noch diskutiert - dass dies abschreckende Wirkung hat, wird selbst von den meisten StudiengebührenbefürworterInnen nicht mehr bestritten. Sie haben daher Modelle ausgearbeitet, die die Bezahlung auf die Zeit nach dem Studium legen - sogenannte nachgelagerte Studiengebühren. Von ihnen geht der Artikel im Weiteren aus. Allerdings gibt es immer noch Modelle, die faktisch doch Gebühren sofort fordern - nur versteckter. Das

Modell von Hamburgs Wissenschaftssenator Dräger (was ja als Modell der CDU-regierten Länder in die Debatte geworfen wurde) sieht Gebührenpflicht von Anfang an und den Wegfall des BAföGs vor. Gebühren wie auch Lebenshaltungskosten sollen über Darlehen vorfinanziert werden. Die Rückzahlung der soll beispielsweise über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgewickelt werden, an diese muss dann nach dem Studium zurückgezahlt werden. Schaut man sich das Modell genauer an, erkennt man, dass die Absicherung und die Gesamthöhe der vorgesehenen Darlehen nicht ausreicht. Somit müssen - nach welchen Kriterien auch immer - einige doch von Anfang an zahlen.

Mehr Kinder aus sozial schwächeren Schichten dank Studiengebühren?

Zunächst muss man hier genauer differenzieren. Zwar ist es nach durchaus seriösen Statistiken tatsächlich so, dass in einigen Ländern mit Studiengebühren mehr Kinder aus sozial schwächeren Schichten als in Deutschland studieren. Allerdings auch nur in einigen - Österreich dagegen ist ein Beispiel, wie Studiengebühren ganz eindeutig zu drastischen Verschiebungen zu Ungunsten bildungsferner Schichten führen. Zudem gibt es in diesen Ländern auch Abschlüsse in Studienfächern, die in Deutschland einer beruflichen Ausbildung entsprechen. Würde man diese Studiengänge (die von "Reichen" weniger oft in Anspruch genommen werden) nicht berücksichtigen, so sähe die Statistik schon gravierend anders aus. Auch ist zu berücksichtigen, dass in den genannten Ländern die Kinder der Unter- und Mittelschichten wesentlich härteren Ausleseverfahren unterworfen werden als z. B. die Kinder der Oberschicht, was mit sozialer Gerechtigkeit nicht vereinbar ist. Denn es kann nicht als gerecht bezeichnet werden, wenn "Arme" nur mit (sehr) gutem Abitur studieren können, "Reiche" aber mit deutlich schlechteren Abiturergebnissen. Wenn man dazu die ver-

schiedenen Hochschulen (private und staatliche) z.B. in den USA betrachtet, ist festzustellen, dass trotz aller Stipendiensysteme gerade an den renommiertesten Hochschulen eine Rekrutierung immer wieder aus den selben gehobenen Schichten der Gesellschaft stattfindet.

Michael Hartmann, Soziologie-Professor an der TU Darmstadt, hat sich mit dem Phänomen der Selbstrekrutierung sogenannter Eliten auf das Ausführlichste befasst. Er schrieb z.B. in der WELT vom 13.04.2002: "Eine Untersuchung der Lebensläufe von 6.500 promovierten Ingenieuren, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985 kommt diesbezüglich zu einem eindeutigen



Ergebnis: Ausschlaggebend ist letztlich die soziale Herkunft." Grundsätzlich wird dieses Problem natürlich auch nicht durch die Abschaffung von Studiengebühren gelöst, sie verschärfen das Problem jedoch. Die Problematik der Selbstrekrutierung ist nebenbei bemerkt ein Grund, warum - bei zulassungsbeschränkten Studiengängen - Auswahlgespräche kritisch zu betrachten sind. Desweiteren hängt der Zugang von Kindern aus sozial schwächeren Familien zu Hochschulen auch davon ab, wieviele aus diesem Kreis überhaupt eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen. Hier sieht es in Deutschland eher schlecht aus - Studiengebühren würden an dieser Situation nichts ändern. Es ist also gerade zu perfide, damit zu argumentieren, in Ländern mit Studiengebühren würden doch mehr Kinder aus sozial schwächeren Elternhäusern studieren und die Studiengebühren als Grund dafür anzuführen.

Studiengebühren verhindern Subvention von "reichen Kindern" durch "arme Arbeiter"?

Wenn argumentiert wird, Studierende aus reichen Elternhäusern würden ungerechtfertigter Weise von "Ärmeren" subventioniert und die Studierenden würden mit ihrer Ablehnung von Studiengebühren nur ihr Privileg sichern, so werden hier ebenfalls Dinge vermischt, die nicht miteinander vereinbar sind. Fast alle vorgeschlagenen Studiengebührensyste**m**e bauen darauf, dass die Gebühren später zurückzuzahlen sind. Wer ein reiches Elternhaus hat, wird diese Gebühren meist schon vorher ansparen können und ohne die Hypothek der Rückzahlung ins Arbeitsleben starten. Die anderen dagegen müssen mit einem Schuldenberg ins Arbeitsleben starten. Berufe wie z.B. ÄrztInnen, bei denen zum Start in die Selbständigkeit sowieso weitere Kredite notwendig sind (Praxisgründung etc.) rücken so für Studierende aus sozial schwächeren Familien weiter in die Ferne. Nimmt man an, dass Studiengebühren für Studierende aus sozial schwächeren Familien völlig erlassen werden bzw. stark reduziert sind, so wird die Erhebung von Gebühren trotzdem nicht nachvollziehbarer. Es wäre weit einfacher, die indirekten Steuern (die sowieso proportional erhoben und gezahlt werden) entsprechend anzuheben (am besten nur für sehr gut Verdienende), als einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit der Eintreibung von Studiengebühren zu betreiben.

Studium lohnt sich - also bitte zurückzahlen?

Auch die, die ohne Studium zu Reichtum gekommen sind, haben im Allgemeinen davon profitiert, dass Wissen und Bildung zur Verfügung steht. Eine kleinliche Aufrechnung möglicher Kosten oder gar "Bildungsinvestitionen" führt hier nicht weiter, sondern in einen Wust von Zahlen. Der Verwaltungsaufwand von wie auch immer gearteten Studiengebühren ist durchaus nicht zu unterschätzen. Um auch nur eine annähernd (und letztlich doch nur vermeintliche) soziale Ausgewogenheit zu erreichen, müssten diverse Kriterien aufgestellt werden, die von einer Stelle immer wieder zu prüfen sind. Oft werden Langzeitstudiengebühren (und nichts anderes gilt für Studienkonten) damit begründet, "Ressourcenverschwendung" zu bekämpfen. Es wird das Bild von der faulen Studentin suggeriert, die auf Kosten aller (auch hier werden besonders die "Armen" hervorgehoben) studiert. Gerade an der Hochschule selbst wird einE LangzeitstudentIn (zum Großteil sind das faktisch Teilzeitstudierende, für die es bis heute keine vernünftigen Studienbedingungen gibt) kaum mehr Ressourcen verbrauchen als einE "NormstudentIn" - beide gehen ja im Allgemeinen nur einmal in die gleiche Vorlesung. Die abschreckende Wirkung von Studiengebühren (egal ob allgemein oder "nur" für Langzeitstudierende) selbst bei großzügigen Ausnahmeregelungen erklärt sich auch daraus, dass es entwürdigend ist, immer wieder seine soziale Bedürftigkeit beweisen zu müssen. MancheR wird darauf lieber verzichten und ein Studium nicht mehr in Betracht ziehen.

Höhere Steuern werden von manchen wegen der Gefahr der "Steuerflucht" abgelehnt. Sicherlich ist es ein Problem, dass gerade Wohlhabendere potentiell mobiler sind und ihren Wohnsitz in Länder mit geringeren Steuern verlagern - innerhalb der EU zumindest ist das relativ problemlos. Dieses Argument sollte allerdings nicht überbewertet werden. Auch Wohlhabende wollen nicht auf ihr soziales Umfeld verzichten, ein Umzug dürfte in der Realität für viele nicht in Frage kommen. Stattdessen sollte die Problematik angegangen werden, dass Kapital sich immer dorthin begibt, wo die geringsten Steuern verlangt werden - zum Vorteil weniger und Nachteil vieler.



Was Studiengebühren bewirken würden - und was nicht

In Deutschland, wo die Beteiligung sogenannter "bildungsferner" Schichten (was im Allgemeinen mit "sozial schwach" zusammenfällt) sowieso schon verhältnismäßig gering ist, würde die Einführung von Studiengebühren die Quote weiter drücken. Wenn durch bessere Ausstattung und Förderung an den Schulen dort die Quote von Abschlüssen mit Hochschulzugangsberechtigung gesteigert würde, könnten sogar trotz Studiengebühren die Bildungsbeteiligung von Menschen aus bildungsfernem Umfeld gesteigert werden. Aber das hätte eben nichts mit der Einführung von Studiengebühren zu tun - hier muss genau differenziert werden! Studiengebühren an sich haben in jedem Fall eine "leicht" negative Wirkung, was die Bildungsbeteiligung sozial schwächerer Menschen betrifft. Sollte diese Wirkung zunächst wirklich "nur leicht" negativ sein (oder durch andere Maßnahmen ausgeglichen oder überkompensiert werden), zeigt aber alle Erfahrung, dass die Beteiligung auf Dauer verringert wird. Ob in Australien oder den USA - überall zeigen sich negative Folgen. In Australien sind die Einkommensgrenzen, ab denen die Studiengebühren zurückgezahlt werden müssen, inzwischen nur noch knapp über dem Sozialhilfesatz. In den USA gibt es zunehmend Initiativen, die die Abschaffung von Studiengebühren fordern und die Schieflage zwischen reichen (privaten) und armen (staatlichen) Hochschulen thematisieren, die durch Studiengebühren verschärft wurde.

Bildung als Menschenrecht - international

Aus grundsätzlichen Erwägungen sind auch die "besten denkbaren Studiengebühren" so oder so nicht wünschenswert. Bildung als Menschenrecht verträgt sich nicht mit einer Ökonomisierung in Form von individueller Bezahlung. Übrigens hatten das in großer Weitsichtigkeit schon vor fast 40 Jahren viele PolitikerInnen der Welt erkannt, die den "Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" am 19. Dezember 1966 besiegelten. Darin kommen die UnterzeichnerInnen zu dem Schluss, dass Bildung allen Menschen ermöglichen muss, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen und dass sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern fördern muss. Ferner muss die Grundschule allgemein verpflichtend sein und berufliche und akademische Ausbildung allen gleichermaßen - insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit - entsprechend der persönlichen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss.

Die Formulierung "allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit" war damals notwendig, weil 1966 selbst in Deutschland noch diverse Gebühren auch an öffentli-

chen Hochschulen erhoben wurden. Die Zielrichtung aber ist klar: Unentgeltlichkeit. Nachdem diese in Deutschland bereits erreicht war, ist es umso bedauerlicher, dass ein Rückschritt dem nächsten folgt und der genannte Pakt ignoriert wird oder mit nachlaufenden Studiengebühren so getan wird, als wenn damit der Forderung doch Genüge getan sei. Die Aktualität der Unentgeltlichkeit von Bildung von der Schule bis zur Hochschule ist ungebrochen. Auch Vorschule und Kindergärten sollten einbezogen werden. Büchergeld an Schulen - was zunehmend diskutiert wird - ist genauso abzulehnen. Denn natürlich darf die Hochschule nicht einziges gebührenfreies Refugium sein. Die Umkehrung (alles kostet, warum dann nicht auch Hochschulen) führt vom Ziel weiter weg denn je.

Fazit

Statt ständig über die Einführung von Studiengebühren zu reden, wäre es viel wichtiger, die Ursachen zu erkennen und zu beseitigen, die schon zu einer geringeren Quote von AbiturientInnen führen, die aus bildungsfernen Schichten kommen. Diese Debatte kann nicht in diesem Artikel aufgenommen werden. Einige Stichworte seien aber genannt: SchülerInnen-BAföG ausbauen, Schulreform (in Richtung einer gemeinsamen Schule für alle wie in den skandinavischen Ländern), bessere Ausstattung der Schulen (insbesondere auch für Ganztagsbetreuung), verstärkte individuelle Förderung von SchülerInnen (Sprachkurse für MigrantInnen gehören hier ebenso dazu wie auch die Förderung von Hochbegabten) im Rahmen gemeinsamer Klassen, Ausbau von Vorschulen und frühkindlicher Förderung, kostenfreie Kindergärten.



Oli Iost, Ex-UStA

Weiterführende Literatur



Read.me - Gewerkschaftliche Zeitung für Studierende: In der mit viel Bebilderung gestalteten Ausgabe des Wintersemesters finden sich einige Artikel zum Thema Studiengebühren - unter anderem eine Auseinandersetzung mit konkreten Modellen. Liegt im UStA aus.



Begleitend zur Kampagne gegen Studiengebühren und für die Verfasste Studierendenschaft ist die Zeitung "Ausbildung" erschienen. Auf vier Seiten sind nochmal alle aktuellen Diskussionen zusammengefasst. Ihr findet sie im UStA ausliegen. Bereits im Sommer erschien ein Reader zur Entscheidung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu Studiengebühren. Er ist unter <http://www.fzs-online.org/files/648/> als PDF (1,4 MB) abzurufen.



Im Studienheft des BdWi werden Studiengebühren von allen Seiten intensiv beleuchtet. Insbesondere wird die Bildung sozialer Eliten thematisiert. Die Publikation kostet leider 7 €, liegt aber im UStA zumindest zum Lesen aus.



Geld ist nicht alles

Was bisher geschah...

Der Stundenlohn studentischen Hilfskräfte im wissenschaftlichen Bereich, kurz "Hiwis" wurde 1992 durch eine "Empfehlung" der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), dem Arbeitgeberverband der Bundesländer, auf 8,02 Euro begrenzt. Seitdem sind die Lebenshaltungskosten um weit über 20% gestiegen, trotzdem wurde dieser Betrag nie erhöht. Stattdessen wurden die Löhne zum Sommersemester um ca. 7% auf 7,53 Euro pro Stunde gesenkt, aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Tarifbeschäftigten, die jetzt länger arbeiten müssen (aber vorher auch immer ordentliche Lohnerhöhungen bekommen hatten). Das konnte man mit uns Hiwis nur machen, weil wir es uns haben gefallen lassen. Es gab keine Forderungen nach Lohnerhöhungen und keine Proteste gegen die Lohnkürzungen, jedenfalls keine, die für die Länder ernstzunehmen gewesen wären. In Berlin haben die Hiwis dagegen schon 1981 einen eigenen Tarifvertrag erkämpft. Die bundesweite Studentische Tarifvertragsinitiative (kurz: Tarifini) setzt sich dafür ein, daß auch die Hiwis in den anderen Bundesländern eine tarifliche Absicherung bekommen. Zur Zeit wird über einen neuen Tarifvertrag (TV) für den Öffentlichen Dienst als Nachfolger des bisherigen BAT verhandelt. Im Rahmen dieses neuen TVs sind die Aussichten der studentischen Beschäftigten auf tarifliche Absicherung am besten. Die Tarifini setzt sich dabei bei der gemeinsamen Tarifkommission von ver.di und GEW für deren Interessen ein. Die Länder haben sich jedoch im Frühjahr zeitgleich zu ihren Arbeitszeitverlängerungen/Lohnkürzungen aus den aktiven Verhandlungen zurückgezogen. Daraufhin wurden diese als gescheitert erklärt.

Weil die Länder den Arbeitszeittarifvertrag - eine Ergänzung zum BAT - gekündigt haben ist die Friedenspflicht abgelaufen; das ist die Zeit, in der nicht gestreikt werden darf. Seitdem finden verstärkt Protestaktionen durch die Gewerkschaften statt. Am 20. Oktober informierte der Personalrat der Universität über die Arbeitszeitverlängerungen, die als Rechtfertigung für die Lohnkürzungen bei den studentischen Beschäftigten dienten. Anschließend kam es vor der Mensa zu einer spontanen Kundgebung. Dabei demonstrierten die Beschäftigten nochmal ihre Entschlossenheit, diesen Bestrebungen der Arbeitgeber entschieden entgegenzutreten. Es ist festzustellen, dass zur Zeit Beschäftigte aller Branchen - wie gerade bei Opel - mit weiteren Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben.

Die Verhandlungen

Am 2. Dezember treffen sich in Berlin im Bundesrat die Finanzminister der Länder. Die Tarifini wird diese Gelegenheit nutzen, um auf die Blockadehaltung der Länder hinzuweisen und sie nachdrücklich zur Rückkehr an den Verhandlungstisch aufzufordern. VertreterInnen aus allen betroffenen Ländern und einer Vielzahl von Hochschulen werden dort stellvertretend für die studentischen Beschäftigten in ihrem Bundesland und an ihrer Hochschule diesen Forderungen Nachdruck verleihen.



Kundgebung vor der Mensa am 20. Oktober

Gemeinsam sind wir stark!

Solche Aktionen von einigen wenigen Aktiven reichen natürlich nicht aus. Vielmehr müssen möglichst viele Hiwis vor Ort Präsenz und Kampfbereitschaft zeigen und so ihren Einfluß geltend machen. Insbesondere bei einer solch heterogenen ArbeitnehmerInnenschaft wie im Öffentlichen Dienst sind solche Verhandlungen ein schwieriger Prozess. Es kommt nicht nur darauf an, die Interessen der ArbeitnehmerInnen gegen die ArbeitgeberInnen durchzusetzen, sondern jede Gruppe von ArbeitnehmerInnen muss ihre spezifischen Interessen auch beispielsweise innerhalb einer Gewerkschaft geltend machen. Es ist offensichtlich, dass dies umso besser gelingen kann, je stärker der Organisationsgrad und die Kampfbereitschaft einer Gruppe ist. Man kann es den StraßenbahnfahrerInnen oder den Angestellten jedenfalls sicher nicht verübeln, wenn sie zuerst an ihren Vorteil denken. Gemeinsam sind wir stark! - aber auch nur, wenn wir wirklich gemeinsam kämpfen, und nicht einige die anderen mitschleppen müssen.

Genauso denken natürlich auch die VerhandlungsführerInnen und die Mitglieder der Tarifkommission. Zugeständnisse an die ArbeitgeberInnenseite wird man am ehesten bei den Beschäftigten machen, die schwach organisiert sind - so verprellt man, bezogen auf das, was die ArbeitgeberInnen davon haben, am wenigsten Mitglieder. Die Tarifverhandlungen sind jetzt in einer wichtigen Phase: Bis zum Jahreswechsel soll die Eingruppierung, also die Zuordnung zu den verschiedenen Gehaltsstufen geregelt sein. Dieser Punkt ist für die Hiwis besonders wichtig, denn hier entscheidet sich, wieviel ihre Arbeit wert ist: So viel wie die von ungelerten ArbeiterInnen, die Tätigkeiten ausführen, für die keinerlei Einarbeitung erforderlich ist, oder doch eine höhere Stufe, die der Qualifikation und den Kenntnissen der Hiwis eher entspricht. Es ist daher wichtig, dass wir bei den kommenden Protestaktionen deutlich auf uns aufmerksam machen.

Was die/der Einzelne tun kann

Dass es im Verlaufe der Tarifverhandlungen, also noch diesen Winter, zu Arbeitskampfmaßnahmen, also zu deutsch: Streik, kommen wird, erscheint unausweichlich. Auch uns Hiwis wird niemand etwas schenken, wenn wir es uns nicht selbst erkämpfen. Daher muß unser "Wir sind da!" auch ein "Wir sind bereit zu kämpfen!" an die ArbeitgeberInnen und ein "Ihr könnt auf uns zählen!" an die Gewerkschaften enthalten. Zwar dürfen selbstverständlich auch Hiwis, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, streiken. Die deutlichste Bekräftigung, daß ihr bereit seid, für eure Rechte zu kämpfen, ist es aber, Mitgliedschaft einer Gewerkschaft zu werden. Die finanzielle Belastung ist dabei äußerst gering: Bei der GEW ist in Baden-Württemberg die Mitgliedschaft für Studierende kostenlos, bei ver.di kostet sie 2,50 Euro pro Monat. Viel wichtiger ist die mit der Mitgliedschaft verbundene ideelle Unterstützung. Nur mit einem hohen Organisationsgrad können Protestaktionen und Arbeitskampfmaßnahmen verlässlich geplant werden, ohne Gefahr zu laufen, daß sie mangels Beteiligung wirkungslos verpuffen und bei den ArbeitgeberInnen eher lächerlich wirken. Also: Werdet aktiv! Tretet ver.di oder der GEW bei! Engagiert Euch in der Tarifvertragsinitiative! - Gemeinsam können wir es schaffen!

Jens Müller, Tarifvertragsinitiative Uni Karlsruhe

www.tarifini.de

Lohnkürzungen? Nicht mit uns!

Für ein kurzzeitig abgesichertes Tarifrecht für studentische Beschäftigte an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen

Für einen Ortler oder Studentiker arbeiten im Laufe des Studiums als fester oder befristeter Mitarbeiter für ein oder mehrere Semester an einer Hochschule oder wissenschaftlichen Einrichtung. Ihre Arbeitsverhältnisse sind höher in den meisten Fällen gelöst und stellen den Musterfall der Arbeitsverhältnisse dar (hier werden):

- * werden für Überstunden keine Zuschläge gezahlt,
- * werden kein wöchentliches Kündigungsgeld,
- * und vor allem häufig der Lohn meist weit unter dem Niveau vieler anderen Arbeiter/Studentiker.

Die bundesweite Tarifvertragssituation studentischer Beschäftigter (Tarifini) setzt sich deshalb für eine bundesweite tarifliche Absicherung von studentischen Beschäftigten ein. Seitdem es keine, so bereits 1991 ein gesetzliches Tarifrecht für studentische Beschäftigte an Hochschulen eingeführt wurde.

Eine tarifliche Absicherung?

Die bundesweite tarifliche Absicherung würde nicht nur zu einer tariflichen Absicherung führen, sondern auch für die Zukunft die Regelung einer Tarifkategorie des öffentlichen Dienstes sichern. Ein Engpass (Mittelstufen) wäre selbstverständlich für Hochschul- und Überstunden gelten es die tarifliche Absicherung, es besteht ein einseitiger Kündigungsschutz und die tarifliche Absicherung einer Mindestlohn und eine Mindesturlaub. Ihre Studierende könnten sich durch die tarifliche Absicherung eine besondere Förderung überlegen und auch, wenn Sie an die Hochschule nur kurz. In Berlin arbeiten die studentischen Beschäftigten beispielsweise nicht nur 12,00 Euro pro Stunde, sondern auch tarifliche Mindesturlaub von zwei Jahren und einen Mindesturlaub von 40 Stunden im Monat.

Einmal Chance: Neuverhandlungen des BAT

Die Möglichkeit für eine garantierte und bundesweit tarifliche Absicherung der studentischen Beschäftigten besteht im Rahmen der Neuverhandlungen des Bundesangehörigen BAT, die Anfang des Jahres in dem Ziel abgeschlossen wurden, eine Tarifvertrag zu vereinbaren, der den tarifrechtlichen Status im öffentlichen Dienst beibehält. Eine solche Vereinbarung über den tariflichen Status ist, so der Bereich "Absicherung". Hier sollen die Bestimmungen für Beschäftigte in Hochschul- und Forschungseinrichtungen geregelt werden. Dabei sollen auch andere Mitarbeiter aus den Hochschulen und Universitäten der studentischen Beschäftigten, die bisher keinen Anspruch auf BAT hatten, auf der Tagesordnung. Es handelt sich um die Gruppe studentischer Beschäftigter, die unter Hochschulstatus steht und Absicherung erhalten. Dieser und von der Beschäftigungsgewerkschaft im BAT geregelt, die an den Hochschulstatus zurückzuführen und Tarifvertragsgesetztes werden. Anders als bei den BAT Verhandlungen wurde der Antrag auf den BAT direkt von allen Studierenden gestellt. Studentische Hochschulverbände in Baden-Württemberg haben damit im Rahmen der Neuverhandlungen des BAT erstmals die Chance, der Status von studentischen Beschäftigten mit tariflich abgesicherten Beschäftigten zu erhalten.



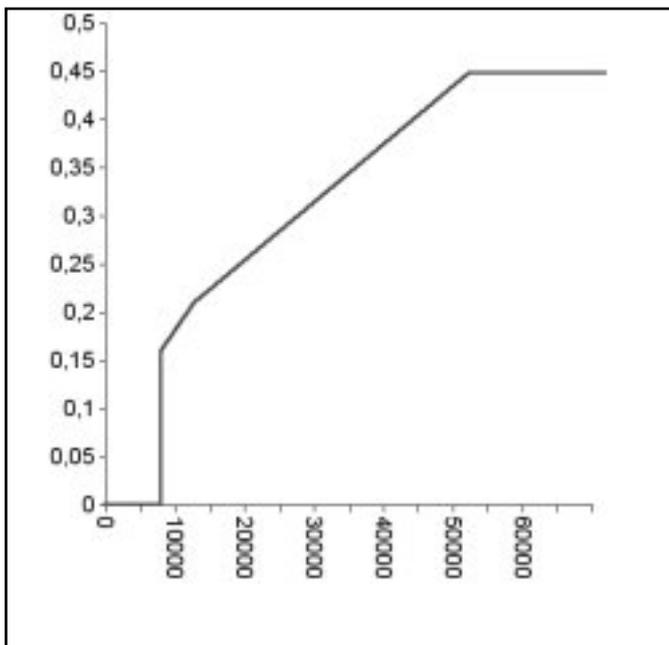
Wider den leeren Kassen

Die Legende...

Allzu oft wird heute von "leeren Kassen" geredet. Vom Zwang staatlicher Sparmaßnahmen. Von der Unausweichlichkeit, Bildungs- und Sozialsysteme zunehmend privat zu finanzieren. Die Folgen muss die Masse der Bevölkerung tragen, die im verzerrten Weltbild der herrschenden Politik als unterprivilegierte Randgruppe definiert wird. So werden Arbeitslose dank des "Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (Hartz IV) mit 315 Euro abgespeist, sofern sie nicht zu den 500.000 Alleingelassenen gehören, denen jegliche soziale Unterstützung verweigert wird. Uns Studis dagegen will man menschenverachtende Studiengebühren aufbürden und suggeriert dabei noch, es sei ja nur zu unserem Besten.

Aber warum sind die Kassen leer?

Eine Politik mit leeren Kassen ist immer eine Politik der leeren Kassen. Sie sind keine Naturkatastrophe, sondern entschlossener politischer Wille. Dies rührt zum Einen aus falscher Prioritätensetzung: Für Rüstungsprojekte wird immer gerne Geld ausgegeben - schließlich muss Deutschland beweisen, dass seine Panzer immer noch die tollsten der ganzen Welt sind. Zum Anderen ist es aber unbarmherziges Kalkül: So wird die seit Jahrzehnten andauernde kritische Unterfinanzierung der



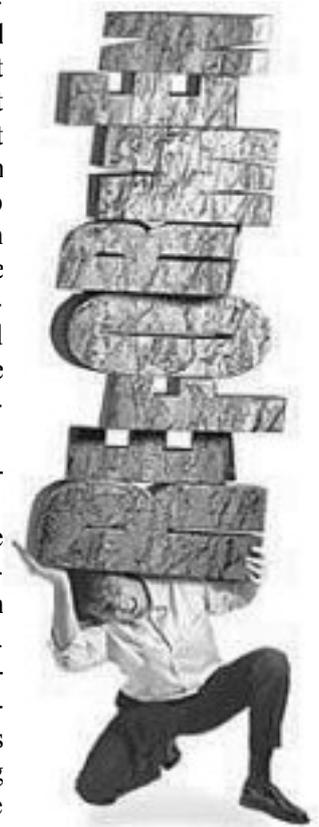
Die Progressionskurve bei der Einkommenssteuer. Ab ca. 50000 Euro steigt sie nicht weiter.

Hochschulen als "Effizienz" angepriesen. Dies liegt daran, dass durch eine künstliche Verknappung des Angebotes Konkurrenz und damit ein Markt geschaffen wird, obwohl Güter wie Bildung dadurch gekennzeichnet sind, dass sie dem Grunde nach für alle Menschen zugänglich sind. Damit erzwingt der Staat seinen eigenen Rückzug von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und unterwirft diese der Wirtschaft (als Teil der Gesellschaft) und damit der Diktatur der Marktwirtschaft, welche verständlicherweise kein Interesse an Bildung oder dem unökonomischen Sozialstaat hat.

Betrachten wir die Haupteinnahmequelle von Bund und Ländern, die in der Lage wäre, die Kassen zu füllen: Steuern. Diese wurden in den letzten Jahren immer weiter gesenkt und der Abwärtstrend hält an. Im internationalen Vergleich steht Deutschland schlecht dar. Der effektive Steuersatz - was also die Kapitalgesellschaften in der Volkswirtschaft insgesamt und real geleistet haben - liegt weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Er ist in den letzten 20 Jahren von rund 54% auf knapp 20% gefallen. Dagegen haben einige Länder wie Schweden in den 90er Jahren die Steuern erhöht und konnten ihre vorbildliche Bildungs- und Sozialpolitik gegenfinanzieren.

Begründungen für die staatliche

Selbstverstümmelung wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind an den Haaren herbei gezogen. Schließlich ist die Bundesrepublik sowas wie "Exportweltmeister". (Dass die hohe Exportleistung durch die schwache Binnennachfrage dank niedriger Arbeitslöhne zustande kommt, sei hier nur am Rande erwähnt.) Die Begründungen für eine stärkere Rücksichtnahme auf die Wirtschaft sind allesamt widersinnig. Die bundesrepublikanische Volkswirtschaft ist so reich wie nie zuvor. Der öffentlichen Armut steht ein immenser privater Reichtum der großen Kapitalgesellschaften gegenüber.



Steuerreform

Zwar ist eine Entlastung der Wenigverdienenden durch eine Erhöhung des Steuerfreibetrag und Senkung des Eingangssatzes bei der Einkommenssteuer zu begrüßen, diese Maßnahmen müssten jedoch durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes kompensiert werden. Die rot/grüne Bundesregierung entschied sich jedoch dafür, auch diese zu senken und damit die Besserverdienenden dreifach zu entlohnen. Die Einkommenssteuer ist zwar progressiv ausgerichtet, sie ist aber ein Grenzsteuersystem, d.h. jedeR hat erstmal einen Freibetrag, erst das darüberhinausgehende Ein-

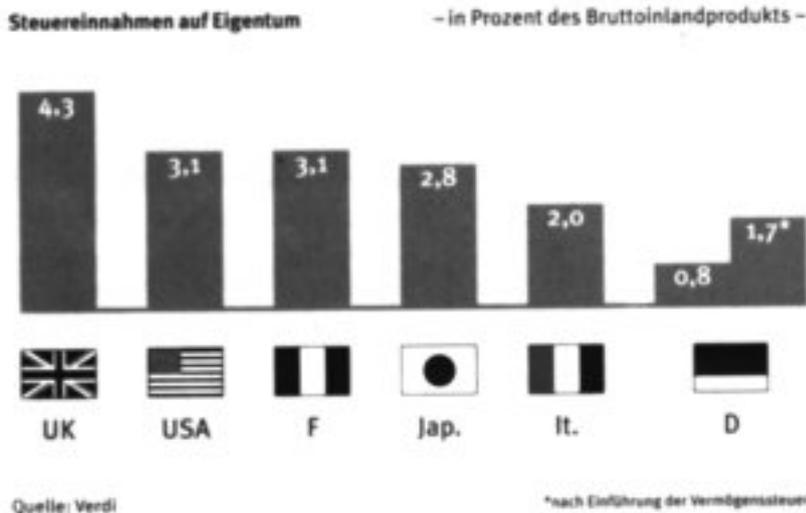
nicht nur Geld in die Kasse, es kann auch erreicht werden, dass Gewinne der Wirtschaft wieder investiert werden. Dies würde ein Stück weit soziale Gerechtigkeit schaffen, da Haushalte mit geringem Einkommen einen weit höheren Anteil des ihnen zu Verfügung stehenden Geldes konsumieren und so der Volkswirtschaft wieder zuführen als das große Konzerne tun. Es ist nicht vertretbar, dass Kapital auf Bankkonten vergammelt anstelle der Volkswirtschaft zu nützen.

(db)

Quellen:

<http://www.abs-bund.de/aktuelles/0483/>
http://www.abs-bund.de/_blobs/271/Bildung_und_Sozialstaat.pdf

Steuerose Deutschland



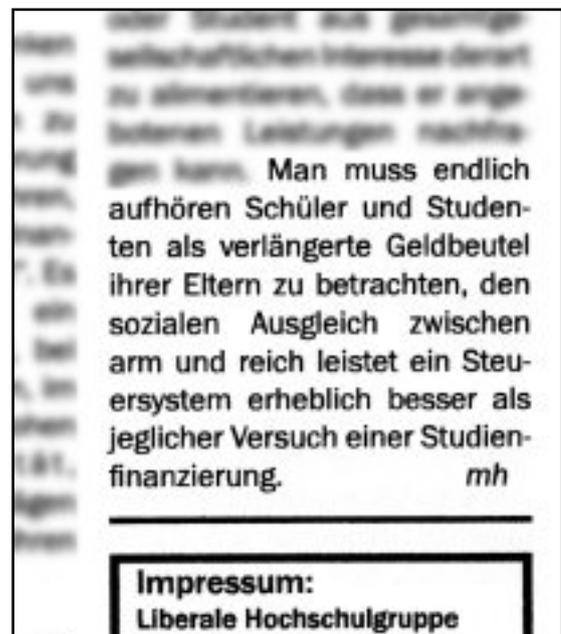
"Steuroase" ist im Übrigen der Name eines Biergartens an der Spree, neben dem Bundestag. Betrieben wird er von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, einer der einflussreichsten Lobby-Verbände von Wirtschaftsbossen und neoliberalen PolitikerInnen.

kommen wird mit 16% versteuert. Die 45% Spitzensteuersatz fallen erst für den 52152ten Euro an.

Die letzte Steuerreform hat Bund und Länder letztendlich 20 Mrd. Euro gekostet. Im Jahr 1999 waren die Einnahmen annähernd Null, genauergesagt aufgrund von Rückerstattungen sogar negativ. Hinzu kommen weitere Erleichterungen für die Wirtschaft wie die widersinnige Unterscheidung in Einkommenssteuer für natürliche Personen und die Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften. Hier werden Firmen weiter massiv begünstigt. Da die Körperschaftsteuer auf 25% gesenkt wurde, entstanden allein 2001 Ausfälle in Höhe von 24 Mrd. Euro - wieder zum Nachteil der Bevölkerung.

Das Ende der Bescheidenheit

Wir erfahren hier eine massive Umverteilung von unten nach oben. Dabei wären die Verbesserungen so einfach wie wirksam: Zum Einen sollte die Einkommenssteuer wieder erhöht werden statt sie 2005 weiter zu senken. Weiter muss die 1997 abgeschaffte Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Damit kommt



Fundsache in der "Breitseite": Martin Hörig, Bundesvorsitzender der liberalen Hochschulgruppen zu Studiengebühren

Der Kampf geht weiter!

Am 9. November fand hier in Karlsruhe eine bundesweite Demonstration gegen Studiengebühren und für die Verfasste Studierendenschaft (VS) statt. Hintergrund war die mündliche Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Es verhandelt zur Zeit in einer sogenannten Normkontrollklage, ob die letzte Änderung des Hochschulrahmengesetzes aus dem Jahr 2002 rechtmäßig zustande gekommen ist. Es klagen sechs Bundesländer - darunter auch Baden-Württemberg (siehe UStA-Magazin vom Oktober). Diese Länder wollen unbedingt allgemeine Studiengebühren ab dem ersten Semester einführen. Politische Mitbestimmung der Studierenden ist ihnen außerdem ein Dorn im Auge.



Der bundesweite studentische Dachverband fzs hat deshalb zusammen mit dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und dem Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (PM) eine Kampagne gestartet, welche die Gerichtsverhandlungen begleiten wird. Unter dem Motto "Kein Spiel mit Bildung" fanden in den letzten Wochen an vielen Hochschulen bereits Vollversammlungen und in Karlsruhe und Düsseldorf Demonstrationen statt. Auf

einem Koordinationstreffen in Bonn Ende Oktober wurde eine gemeinsame Resolution erarbeitet, welche bereits schon von über 50 Studierendenvertretungen angenommen wurde.

Der Kampf gegen Studiengebühren und für die VS ist also lange noch nicht vorbei. Daher müssen alle Beteiligten - Studis insbesondere - ihren Teil dazu beitragen. Auf der gegenüberliegenden Seite findet ihr eine Unterschriftenliste. Nicht nur ihr selbst sollt euch darin verewigen, bittet doch auch eure Profs, sich für eine demokratische und gerechte Hochschule einzusetzen. Das wichtigste ist und bleibt jedoch, die Debatte weiter zu tragen. Hier in

diesem Magazin stehen einige Informationen bereit; wer mehr wissen möchte, kann sich mal die auf Seite 7 genannte Literatur zuführen.

(db)

Informationen zur Kampagne:

<http://www.kein-spiel-mit-bildung.de/>

Stellenangebot

Du bist ein kommunikationsfreudiger Mensch? Du suchst einen verantwortungsvollen, vielseitigen Job? Du möchtest, dass Deine Arbeit der Unabhängigen Studierendenschaft unserer Hochschule zu Gute kommt? Im Studierenden-Service-Verein ist zum nächsten möglichen Zeitpunkt die Stelle der oder des

Druckereibeauftragten

neu zu besetzen.

Aufgabe ist die umfassende Leitung der Studierenden-Druckerei in enger Zusammenarbeit mit den Leuten im UStA. Unabdingbare Voraussetzungen sind:

- Kontaktfreudigkeit und Neugierde
- Selbstständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Zuverlässigkeit
- perfekte deutsche Sprachkenntnisse (Muttersprache oder vergleichbar)
- sichere Beherrschung von Standardsoftware (Textver-

- arbeitung, Tabellenkalkulation, E-Mail)
- Spaß an der Einarbeitung in völlig neue Aufgaben

Alles andere, was Du für den Job brauchst, kannst Du bei uns lernen. Erfahrungen in den Bereichen Comput layout oder Druckvorstufe sind zwar nicht schädlich, werden aber nicht vorausgesetzt. Deine Aufgaben sind im Wesentlichen:

- aktive Auftragsakquise und KundInnenberatung
- mind. 3 mal wöchentlich Sprechstunde im Bereich 12-14 Uhr
- Arbeitsorganisation für die ca. 4 angestellten DruckereInnen

Die Vergütung besteht aus einem Grundbetrag (24 Stunden pro Monat nach studentischem Hilfskraft-Tarif, 8 Euro pro Stunde) und einem aufwandsabhängigen Teil. Bewerberinnen und Bewerber wenden sich bitte ab sofort an den UStA (Finanzreferat, Ingo Schwarze).

"Totengräber in allen Parteien"

Abschiedsrede des langjährigen Geschäftsführers des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), Klemens Himpele

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als ich vor zwei Jahren zusammen mit Markus Struben die Geschäftsführung des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren übernommen habe, war zwar klar, dass die Studiengebührendebatte neuen Schwung bekommt - Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und andere Bundesländer bastelten an Plänen für Langzeitgebühren - aber dass die politische Kultur im Allgemeinen und damit auch die hochschulpolitische Kultur im Speziellen so schnell erodieren würde, war nicht abzusehen.

Die sozialdemokratische "Agenda 2010" ebenso wie der konservative "Bierdeckel-Populismus" eines Friedrich Merz haben zu einer Niveausenkung in politischen Debatten geführt, sowohl inhaltlich als auch, was den Umgang miteinander betrifft. Dies geht soweit, dass Menschen mit anderen Auffassungen öffentlich als "Totengräber" denunziert werden. In einer Anzeige, erschienen am 2. Oktober 2004 in der Süddeutschen Zeitung unter der Überschrift "Auch wir sind das Volk" wird von gut verdienenden Kulturindustriellen wie Günter Grass genau dies denjenigen entgegengehalten, die gegen "Hartz IV" protestieren. Ohne ein einziges inhaltliches Argument heißt es über den "Standort Deutschland": "Der ist gepflastert mit den Grabsteinen verblichener Chancen. Totengräber sind in allen Parteien zu Hause" und weiter: "Nur Demagogen, die ihre Zukunft hinter sich haben, reden dem Volk nach dem Maul. Ihre Rezepte sind so simpel wie ihre Motive durchsichtig." Unterzeichnet ist der Text von Men-



schen, die nie direkt in den "Genuss" der Folgen von "Hartz IV" kommen werden, unter anderem von Peter Glotz, Marius Müller-Westernhagen, Günter Grass, Roland Berger, Dieter Hundt, Thomas Middelhoff, Michael Rogowski und Helmut Thoma. [...] Die Politik sei "alternativlos", heisst es, und der Abbau sozialer Er rungenschaften, die über 100 Jahre erkämpft wurden, ist eine neue Volksreligion. Die vorgegaukelte Alternativlosigkeit soll diejenigen, die am Sinn der Reformen zweifeln, als AußenseiterInnen abstempeln. Dieser "Putsch von ganz oben", wie Arno Luik es im Stern nennt, diese TINA-Keule mit ihrer Behauptung: "There is no Alternative" trifft auch uns. [...] Der Druck auf uns steigt. Warum betone ich das hier und heute? Ich glaube, um diesem Druck standhalten zu können, müssen wir uns alle klar sein, wohin wir wollen. Wir müssen uns Visionen erkämpfen, zurückerkämpfen und die als richtig erkannten Ziele durchzusetzen versuchen. Und wir müssen uns dieses Drucks bewusst sein, um gezielt Politik machen zu können, ohne selbst zu MärtyrerInnen zu werden. Was aber sind diese Ziele, und wie können wir gemeinsam gegen den Druck angehen?

Bildung statt Ausbildung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, uns allen muss jeden Tag aufs Neue klar werden: Die Hochschule ist keine Insel und Bildungspolitik kein Selbstzweck. Eine sinnvolle hochschul- und forschungspolitische Positionierung und Perspektive kann uns nur gelingen, wenn wir unser Handeln in den gesamtgesellschaftlichen Kontext stellen, wenn wir unsere Ziele daran festmachen, was für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung notwendig und wünschenswert ist. Dies fängt bei scheinbar banalen Fragen wie der Frage nach der Qualität der Hochschulbildung an. Woran macht sich diese Qualität fest? Wenn man die Hochschule an sich betrachtet, dann könnte ein Ziel sein, die Menschen möglichst schnell zum Abschluss zu führen. Man kann das Ziel auch in einer optimalen Investition in das Humankapital im Sinne der späteren Verdienstmöglichkeiten sehen - und damit auch Studiengebühren legitimieren. Wer die Hochschule jedoch vom Erfolg des Einzelnen abhängig macht, wer gleichsam die Privatisierung des Wissens zum Zwecke der eigenen "Gewinnmaximierung" hervorhebt, der befindet sich mitten im gesellschaftspolitischen Mainstream der Individualisierung öffentlicher Leistungen und sozialer Risiken. Wer die Qualität der Hochschulen an der optimalen Zurichtung des Humankapitals zum Zwecke

der Employability - d.h. der reinen Beschäftigungsfähigkeit durch das Kapital - festmacht, der steht mit seinem Bewusstsein auf der falschen Seite. Aufgabe progressiver Kräfte muss genau diese Überwindung der reinen Funktionalität der Hochschulen - sei es für die Kirche, sei es für den Staat oder sei es für die Wirtschaft - sein. So schreibt Wolf-Dieter Narr in einem in der Zeitschrift Forum Wissenschaft dokumentierten Brief, dass sich in der Tradition von Sophokles/Sokrates über Kant/Humboldt bis zu Simone Weil und Adorno ein "primäres Ziel allen Lernens, allen Bildens und Ausbildens geradezu von selbst ergibt[."] [...] was wir alle fordern sollten - ist die unbedingt aufklärerische Funktion von Bildung, ist die unbedingt emanzipatorische

Funktion von Bildung und, so würde ich ergänzen, ist die sich daraus ergebende kritische Funktion von Bildung. Damit aber ist die hochschulpolitische Debatte in eine gesamtgesellschaftliche Debatte überführt, gilt doch, dass Bildung den Menschen dazu befähigen muss, im besten Sinne als selbstbestimmtes Individuum in der Gesellschaft zu leben. Das Gesellschaftssystem

muss dazu aber passen, dies gilt es zu erkämpfen, in der Hochschule und darüber hinaus. Wenn das Ziel der Bildung also der selbstständige Mensch ist, der soziale, d.h. gesellschaftliche, Verantwortung zu übernehmen bereit ist, wenn das das Ziel ist, dann muss sich Bildung und Hochschulbildung von einer affirmativen Fixierung auf den Arbeitsmarkt vollständig lösen. In einer kapitalistischen Gesellschaft ist die Hochschule zwangsläufig auch ein Hinführen zur reinen Beschäftigungsfähigkeit, muss doch die immer komplexer werdende Produktion aufrecht erhalten und gleichzeitig gewährleistet werden, dass die Menschen die Situation ihrer Ausbeutung nicht begreifen können, da sie in der Konkurrenz glauben, "eigenverantwortlich" zu handeln. Solange sie aber ausgebeutet werden, kann von einem autonomen Individuum die Rede nicht sein. Daher kann der von mir beschriebene Bildungsbegriff nur in einer klassenlosen Gesellschaft - dem Kommunismus - verwirklicht werden. Daher müssen hochschulpolitisch Aktive auf die Überwindung des Kapitalismus hinarbeiten.

Kampf gegen Studiengebühren

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich einen weiteren Punkt betonen: Eine Hochschule mit dem Ziel, den Individuen die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen, muss selbst demokratisch verfasst sein. Wenn wir uns darin einig sind, dass dem so ist, dann erübrigt sich die Frage nach Studiengebühren von selbst: Sie können in ihrer Steuerungsfunktion, in ihrer Selektivität und im Bildungsbegriff, den sie darstellen, nicht dem aufgeklärten, autonomen Individuum dienen. Wenn uns dies klar ist, dann sollten, dann müssen wir genau auf dieser Ebene gegen die BefürworterInnen der Studiengebühren von der taz bis zur Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) vorgehen, wir müssen, wie auf der vergangenen Vollversammlung beschlossen, den Kampf gegen Studiengebühren auf eine breitere Basis stellen. Dazu ist es zwingend erforderlich, sich an einem Gesellschaftsentwurf und einem Menschenbild zu orientieren, das dem gängigen "Agenda-2010"-Menschenbild widerspricht und das nicht auf plumpe Eigenverantwortungsrhetorik hereinfällt. [...] Auf diesem Weg wird der Druck seitens des Kapitals, der Konservativen und von Teilen der SozialdemokratInnen weiter zunehmen. Die Medien von der taz über die Süddeutsche bis zur FAZ werden Menschen, die sich nicht der herrschenden Meinung unterordnen, massiv angehen. Das wird meinen Nachfolgern in öffentlichen Debatten passieren, dass wird mir weiterhin so gehen, da ich politisch aktiv bleiben werde, und das wird allen hier im Raum so gehen, sobald sie offensiv das einfordern, was ich hier versucht habe zu beschreiben.

[...] Wir müssen gemeinsam kämpfen, und gerade in Sachen Studiengebühren könnte sich die Debatte in naher Zukunft weiter verschärfen. Lasst uns gemeinsam für ein gebührenfreies Studium kämpfen, aber auch für eine Gesellschaft, die Bildung als das begreift, was sie ist, und Menschen aus allen Schichten den Zugang zur Bildung, zur Emanzipation gibt. Bildung ist ein Recht, kein Gnadengott und schon gar nicht eine Zurichtung von Humankapital. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gegen das herrschende Menschenbild der "Agenda 2010" kämpfen, lasst uns für eine andere, eine bessere, eine kommunistische Gesellschaft kämpfen. [...]



Termine

Dezember

- Mittwoch, 01. Dezember, 20:00 Uhr**
Winterfest Wohnheim Nancystraße
- Donnerstag, 02. Dezember, 11:00 Uhr**
Aktion der Tarifini in Berlin
- Donnerstag, 02. Dezember, 21:00 Uhr**
Vampire Schlonz
- Freitag, 03. Dezember, 20:00 Uhr**
Winterfest Musikhochschule
- Freitag, 03. Dezember, 20:00 Uhr**
BA Nikolausparty
- Montag, 06. Dezember, 20:00 Uhr**
AKK Winterfilm
- Dienstag, 07. Dezember, 19:00 Uhr**
Vortrag: Integration fluktuierender Windleistungen
in die elektrische Energieversorgung
- Dienstag, 07. Dezember, 20:00 Uhr**
Liveschlonz: The Wah
- Donnerstag, 09. Dezember, 20:00 Uhr**
Etec-Winterfest
- Donnerstag, 09. Dezember, 20:00 Uhr**
Geist-Soz-Winterfest
- Donnerstag, 09. Dezember, 20:00 Uhr**
WiWiWi
- Donnerstag, 09. Dezember, 20:00 Uhr**
PH Bau III Fest
- Donnerstag, 09. Dezember, 20:00 Uhr**
Seniorentanztee Schlonz
- Samstag, 11. Dezember, 20:00 Uhr**
AKK Winterfest
- Montag, 13. Dezember, 16:00 Uhr**
Vortrag: Wie Blinde die Welt wahrnehmen
- Donnerstag, 16. Dezember, 20:00 Uhr**
Maschbau-Winterfest
- Donnerstag, 16. Dezember, 20:00 Uhr**
FH-Winterfest
- Donnerstag, 16. Dezember, 20:00 Uhr**
Irland Schlonz
- Dienstag, 21. Dezember, 20:00 Uhr**
Japanischer-Schlachten-Schlonz
- Donnerstag, 23. Dezember, 20:00 Uhr**
Partyschlonz

Januar

- Dienstag, 11. Januar, 20:00 Uhr**
Schnapszahl Schlonz
- Donnerstag, 13. Januar, 20:00 Uhr**
Liveschlonz: Punkrocknight mit Acid Daisy
- Freitag, 14. bis Sonntag, 16. Januar**
Kampagnen-Kongress (Frankfurt/M)
- Dienstag, 18. Januar, 20:00 Uhr**
amnesty Schlonz
- Dienstag, 18. Januar, 21:00 Uhr**
Archi-Party
- Donnerstag, 20. Januar, 20:00 Uhr**
Überraschungsschlonz
- Montag, 24. Januar, 16:00 Uhr**
"Augenlied" - Ein Film ausschließlich mit Blinden!
- Donnerstag, 25. Januar, 20:00 Uhr**
whiskey&cigarettes Schlonz
- Donnerstag, 27. Januar, 21:00 Uhr**
II. Erzählkino Schlonz
- Samstag, 29. Januar, 20:00 Uhr**
UStA Unifest

IMPRESSUM

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierenden-schaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind gerne willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder. Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim UStA oder eurer Fachschaft.

Redaktion: Daniel Bruns
Layout: Daniel Bruns
Druck: Studierenden Service Verein (SSV)
Auflage: 1200
Titelbild: Impressionen vom 9. November
V.i.S.d.P.: Tobias Koz
UStA der Universität Karlsruhe
Adenauerring 7, 76131 Karlsruhe
Tel.: 0721/608-8460
<http://www.usta.de/>
email: umag@usta.de

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Januar.